

# Impfstationen: „Es braucht pragmatische Lösungen vor Ort“

Martin Himmelheber (him)

10. Dezember 2021

Bei seiner Telefonkonferenz am Freitag hat sich Landrat Wolf-Rüdiger Michel beklagt, dass das Land die IT-Struktur für die Impfstationen nicht schneller liefere. Das Landratsamt Rottweil wisse immer noch nicht, wann man die erforderliche IT bekomme. Zwei zusätzliche Impfstationen in Schramberg und Sulz würde man gerne eröffnen, könne aber wegen der fehlenden IT nicht.

Ein „verheerendes Signal“ sei es, kritisierte Landratstellvertreter Hermann Kopp, dass die Landesregierung Vertragslaufzeiten für Personal für diese Impfzentren nur befristet bis zum 31. Januar 22 bewillige. Die Begründung sei, man wisse nicht, ob man die Leute danach noch brauche.

Michel ergänzte, er habe „erhebliche Zweifel“, dass die Impfstationen nach dem 31. Januar aufgelöst werden könnten. Es gebe Rückstände bei den Auffrischungen, die Omikron-Variante drohe, und es müsse bestimmt noch wesentlich länger geimpft werden. Mit dieser kurzen Vertragsdauer seien kaum Leute zu gewinnen.

## Ministerium hat Alternativen angeboten

Die NRWZ hat das Sozialministerium zu den Vorwürfen um Stellungnahmen gebeten. Am Abend antwortet ein Sprecher des Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration, man könne die Kritik nur zum Teil nachvollziehen. Am 30. November habe das Ministerium jedem Landkreis das IT-Konzept übermittelt. „Wir haben den Landkreisen mitgeteilt, dass es bis zum Ausrollen der IT auch Alternativen für die Impfdokumentation gibt.“

So könnten Impfungen beispielsweise mit kreiseigener Hardware dokumentiert werden, nicht genutzte Arbeitsplätze von mobilen Impfteams an Krankenhausstandorten genutzt werden oder Impfungen auch einfach anders dokumentiert und im Anschluss nachgetragen werden. „Das Land hätte sich dann sogar an den Kosten für eine Dokumentationskraft beteiligt“, so der Sprecher.

Kein Landkreis – auch nicht Rottweil – hätte also auf Entscheidungen aus dem Sozialministerium warten müssen. Das Ministerium appelliert dann auch: „Am Ende bewältigen wir die Krise nur gemeinsam, es braucht pragmatische Lösungen vor Ort.“ Der Sprecher verweist auf die Taskforce Impfen, an die sich die Verantwortlichen jederzeit wenden könnten. „Für das verspätete Roll-Out der IT bitten wir natürlich um Entschuldigung, haben den Landkreisen aber Alternativen aufgezeigt.“

## Verlängerungsoptionen bestehen

Es stimme, dass die Vertragslaufzeit für das Personal zunächst bis zum 31. Januar 2022 festgesetzt sei. Doch auch hier habe das Sozialministerium deutlich gemacht und dargestellt, „dass es – insbesondere vor dem Hintergrund von Omikron – selbstverständlich Verlängerungsoptionen gibt. Deshalb das klare Signal: Wir lassen die Kommunen in dieser Sache nicht im Regen stehen.“

Für die mobilen Impfteams, die von den Kliniken an die Landkreise angedockt werden, werde eine Verlängerung aktuell schon bis zum 30. April 2022 geprüft, so der Ministeriumssprecher abschließend..